

Bundesrepublik Deutschland

Martin Große Hüttmann / Matthias Chardon

Die europäische Verfassungsdebatte dominierte den europapolitischen Diskurs der deutschen Politik und Öffentlichkeit. Während die deutsche Regierung mit ihrer Doppelpräsidentschaft in der EU und in der Gruppe der Acht (G7) im ersten Halbjahr 2007 noch im Mittelpunkt der nationalen wie der internationalen Medienberichterstattung und Aufmerksamkeit stand, wurde nach dem erfolgreichen Abschluss des Juni-Gipfels der Europäischen Union Bilanz gezogen. Während des Gipfels war es der deutschen Ratspräsidentschaft gelungen, durch kluge und kompromissbereite Politik dem seit dem Frühsommer 2005, als die Bevölkerungen Frankreichs und der Niederlande in den Abstimmungen die Ratifizierung gestoppt hatten, hängenden Verfassungsvertrag eine neue Perspektive zu geben. Zwar waren die Verhandlungen auf dem Gipfel gespickt mit dramatischen Zuspitzungen, doch fand das Ganze ein aus der Sicht der Bundeskanzlerin und des Außenministers zufrieden stellendes Ende.¹ Die breite mediale Berichterstattung führte zu einer nie dagewesenen Präsenz des Themas Europa in der deutschen Politik und Öffentlichkeit. Die mehrheitlich als großer Erfolg wahrgenommene deutschen Ratspräsidentschaft zeigte, dass ‚große‘ EU-Staaten sehr wohl in der Lage sind, in der EU für eine begrenzte Zeit eine „Führungsrolle“ (leadership) zu übernehmen. Gleichzeitig zeigte dieses Beispiel aber auch, dass das bisherige Rotationsprinzip in einer EU-27 für alle sichtbar an seine Grenzen gekommen ist, wenn auch ein großes EU-Mitgliedsland wie die Bundesrepublik Deutschland nur unter Aufbietung enormer personeller und finanzieller Ressourcen in der Lage ist, die Vielzahl der Themen und Dossiers, mit denen eine Ratspräsidentschaft konfrontiert ist, zu meistern.²

Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 – eine Bilanz

Die Erwartungen im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft waren immens³ – für alle Beobachter war klar, dass in der „Zeit der Unsicherheit“⁴, in die die EU durch die gescheiterten Referenden geraten war, die von der deutschen Bundesregierung anvisierte Rettungsaktion für den Verfassungsvertrag auch scheitern könnte. Im Vorfeld und während der Präsidentschaft bestand eine nicht unerhebliche Arbeit der politischen Akteure darin, öffentlich und hinter den Kulissen ein kluges Erwartungsmanagement zu betreiben, das die

-
- 1 Wir danken Bettina Reiter und Julian Siegl für ihre Hilfe bei der Recherche.
Erinnert sei an die Position der polnischen Regierung und insbesondere an deren Festhalten an der „Quadratwurzel“ für die Bestimmung der Stimmgewichte im Rat. Für die deutsche Regierung war es eines der wichtigsten Anliegen gewesen, die doppelte Mehrheit im Rat durchzusetzen. Vgl. auch Matthias Chardon/Janis A. Emmanouilidis: Konsequenzen der Quadratwurzel. Polens Vorschlag zur Reform der Stimmabgabe im Rat. C·A·P Position, 18.06.2007, www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2007/quadratwurzel.php.
 - 2 Daniela Kietz/Volker Perthes (Hrsg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft. Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007, Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2007, S. 6.
 - 3 Vgl. Daniel Göler/Mathias Jopp: Kann Europa gelingen? Vorhaben und Chance der deutschen Ratspräsidentschaft, in: *integration* 1/2007, S. 3-24.
 - 4 Werner Weidenfeld: Bilanz der deutschen EU-Präsidentschaft – Einführung, in: Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P), C·A·P Analyse 6/2007, S. 4.

hohen Erwartungen dämpfte – am Ende musste ein Gelingen dann um so außergewöhnlicher erscheinen.⁵ Die sehr intensive und früh begonnene Vorbereitung der Präsidentschaft zahlte sich am Ende aus: „Deutschland gelang es (...) durch eine Vielzahl bilateraler Konsultationen und informeller Gesprächsrunden, aber auch über eine sehr straffe und zielgerichtete Organisation der Arbeit auf der politischen Ebene des Rates und in den Arbeitsgruppen einen gemeinsamen Konsens zu vermitteln“.⁶ Das von der Bundesregierung lancierte Motto „Europa gelingt gemeinsam“ schien dabei nicht nur an die europäischen Partnerstaaten, sondern auch an die am innerstaatlichen Entscheidungsprozess in der EU-Politik beteiligten Akteure gerichtet gewesen zu sein. Zumindest für die Zeit der Ratspräsidentschaft waren offensichtlich die traditionellen Ressortstreitigkeiten und die Konkurrenz zwischen Bund und Ländern mehr oder weniger ausgeschaltet. Die Länder hatten durch ihr breites, vor allem kulturpolitisches Engagement gezeigt, dass Europapolitik in einem Bundesstaat Seiten hat, die bei Zentralstaaten nicht zum Tragen kommen. Einige Ministerien wie etwa das Bundesinnenministerium (BMI) hatte die Zeit der Ratspräsidentschaft sehr erfolgreich genutzt, um ihre europapolitische Agenda in einer Geschwindigkeit abzuarbeiten, die in ‚normalen‘ Zeiten nicht erreicht wird.⁷ Dies zeigte sich bei der Überführung des Prümer Vertrags in den Gemeinschaftsrahmen. Hier hatte der deutsche Ratsvorsitz eine Politik der vollendeten Tatsachen verfolgt und den „üblichen Verlauf eines Verhandlungsprozesses auf den Kopf gestellt“⁸ – indem sofort auf Ministerebene ein Beschlussentwurf beraten und abgestimmt und dann erst auf die Ebene der Arbeitsgruppen verwiesen wurde.

Für die Bundesregierung und ihre Ministerinnen und Minister war die Zeit der Ratspräsidentschaft eine Gelegenheit, nicht nur der Europapolitik allgemein, sondern auch der Großen Koalition einen Legitimationsgewinn zu verschaffen. Laut Umfragen ist die Bevölkerung den von den Medien transportierten guten Einschätzungen, dass die Ratspräsidentschaft unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihres Außenministers Frank-Walter Steinmeier ein großer Erfolg gewesen sei, in weiten Teilen gefolgt.⁹ Vor allem die Bundeskanzlerin verzeichnete als „Mrs. Europa“ einen messbaren Popularitätsgewinn. In einer Umfrage am Ende der Ratspräsidentschaft meinten 79 Prozent der Befragten, dass die sechsmonatige Leitung der EU durch die deutsche Regierung ein Erfolg gewesen sei.¹⁰ Wenn auch die Berichte über die Rettungsaktion der Verfassung dominierten, gehört zu einer Bilanz der Ratspräsidentschaft die gesamte Bandbreite der Themen und Dossiers. Nicht zuletzt auf dem Gebiet der Energie- und Klimapolitik hat die deutsche Ratspräsidentschaft – trotz der Differenzen und unterschiedlichen Interessen im Kreis der EU-Staaten – auf der Grundlage der Kommissionsvorschläge eines integrierten Ansatzes den Entscheidungsprozess vorantreiben und wichtige Grundsatzentscheidungen herbeiführen können. Experten

5 Sarah Seeger/Janis A. Emmanouilidis: Die Reform nimmt Gestalt an. Analyse und Bewertung des EU-Verfassungsgipfels, in: Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 2007, S. 6-14 hier S. 6f.

6 Daniela Kietz/Andreas Maurer: Handlungsanreize und Handlungsbeschränkungen der EU-Ratspräsidentschaft: Eine Bilanz des deutschen Vorsitzes im Lichte des Reformvertrags, in: Kietz/Perthes (Hrsg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft, 2007, S. 102.

7 Michael Bauer: Aspekte gesamteuropäischer Terrorismusbekämpfung im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft, in: Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 2007, S. 15-20.

8 Daniela Kietz: Heimspiel in der Polizeikooperation. Spannungen zwischen Impulsgebung und Vermittlung, in: Kietz/Perthes (Hrsg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft, 2007, S. 65.

9 Vgl. dazu Julia Hahn/Larissa Haida/Kathrin Mok/Sheila Kusuma/Michaela Schmid/Kerstin Schulz/Nicolas Schwendemann/Michael Szep: Europa als Gegenstand politischer Kommunikation. Eine Fallstudie zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Berlin 2008.

10 Vgl. Institut für Europäische Politik (Hrsg.): EU-25/27 Watch, No. 5, September 2007, Berlin, S. 46.

bewerten die Ergebnisse des Frühjahrsgipfels 2007 als „durchgehend positiv“.¹¹ Zu den anderen Themen gehörten die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die transatlantischen Beziehungen, die Operationalisierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik ENP, die Beziehungen der EU zu Russland sowie auch der Nahostfriedensprozess. In diesen Dossiers fiel die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft gemischt aus.¹²

Andere Themen der deutschen Europapolitik

Nach der alles überragenden Ratspräsidentschaft, die am 30.06.2007 endete, kehrte für die deutsche Europapolitik der ‚normale‘ Brüsseler Alltag zurück. In der zweiten Jahreshälfte 2007 standen aus Sicht der Bundesregierung Themen auf der Tagesordnung, bei denen die Berliner Regierung den Vorschlägen aus Brüssel nicht immer gefolgt war. Die Ziele und Reformvorschläge der Kommission etwa im Hinblick auf Energiereform und die Liberalisierung des Strommarktes, wonach Erzeugung und Netzbetrieb nicht in der Hand eines einzelnen Energieunternehmens liegen sollte, wurden von der Bundesregierung strikt abgelehnt. Berlin befürchtete, dass ausländische Investoren abgeschreckt und damit die Stromversorgung in Deutschland gefährdet werden könnten. Als Ende Februar 2008 der Stromkonzern E.on bekannt gab, dass er sein Stromnetz abstoßen will, um den von der Europäischen Kommission angedrohten Sanktionen zu entgehen, musste sich die Bundesregierung von den deutschen Stromkonzernen düpiert fühlen, nachdem Berlin sich für deren Position und Interessen in Brüssel stark gemacht hatte und diese sich nun den Wettbewerbshütern der Kommission geschlagen gaben.¹³

Die von der Kommission seit den gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden forcierte Kommunikationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit sieht in der in Deutschland seit 2005 durchgeführten „Aktion Europa“ ein nachahmenswertes Vorbild. Zum Jahresende 2007 wurde der Wegfall der Grenzkontrollen und die Ausdehnung des Schengen-Raumes in Deutschland als historisches Ereignis gefeiert; der Wegfall der Grenzkontrollen an den Grenzen zu Tschechien und Polen fand in der Öffentlichkeit eine breite Resonanz – nicht nur Freude, sondern auch Sorgen waren zu hören. Insgesamt wurde dieser Schritt als Vollendung der Erweiterung von 2004 angesehen. Mit der feierlichen Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon in der portugiesischen Hauptstadt am 13.12.2007 endete die Zitterpartie um das neue Vertragswerk. Die Unterzeichnung aller Mitgliedstaaten bestätigte die Strategie der deutschen Ratspräsidentschaft, dass eine „Rettung“ des Verfassungsvertrags dann zu erreichen wäre, wenn zum einen Zugeständnisse an die Skeptiker (z.B. durch die Streichung aller verfassungsverdächtigen Symbole wie Hymne und Flagge) gemacht würden und wenn zum anderen die Regierungskonferenz eine sehr klares und extrem enges Verhandlungsmandat aufgetragen bekommt, das – im Unterschied zu den bisherigen Regierungskonferenzen – keine echten politischen Debatten mehr zuließ, sondern sich im Wesentlichen auf rechtstechnische Klärungen konzentrieren sollte. Die Bundesregierung nahm die Kritik, die sich an diesem Rückfall in – aus Sicht der Kritiker – vordemokratische Zeiten der Vertragsänderungen festmachte, in Kauf.¹⁴

11 Susanne Dröge/Oliver Geden: Weitreichende Grundsatzentscheidungen für eine integrierte Energie- und Klimapolitik in: Kietz/Perthes (Hrsg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft, 2007, S. 52; vgl. dazu auch die Analyse von Florian Baumann/Kristina Notz: Erfolgreiche Zusammenarbeit zur (Fort-) Entwicklung einer Europäischen Energie- und Klimapolitik, in: Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 2007, S. 21-27.

12 Vgl. dazu im Einzelnen die Bewertungen und Berichte in: Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 2007 und Kietz/ Perthes (Hrsg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft, 2007.

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Eon will seine Stromnetze verkaufen, 28.02.2008.

Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht

Einen späten Dämpfer erfuhr die allgemeine Erleichterung und Zufriedenheit bei den deutschen Europapolitikern über die Unterzeichnung des Lissabonner Vertrags, als im Frühjahr 2008 wie schon beim Verfassungsvertrag Klagen gegen das deutsche Zustimmungsgesetz beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht wurden.¹⁵ Der Deutsche Bundestag hatte am 24.04.2008 mit überwältigender Mehrheit für das Zustimmungsgesetz votiert (515 Ja-, 58 Nein-Stimmen und eine Enthaltung). Auch der Bundesrat hatte bei seiner Abstimmung am 23.05.2008 fast geschlossen für das Gesetz gestimmt – mit Ausnahme von Berlin, das sich der Stimme enthielt, weil die Regierung Wovereit (SPD) es nicht geschafft hatte, ihren Koalitionspartner Die Linke von der Bedeutung des Lissabonner Vertrags zu überzeugen. Die deutschen Länder hatten – vor allem Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen waren hier die treibende Kräfte – versucht, ihre Rolle als Veto-Spieler zu nutzen und die Bundesregierung zu Zugeständnissen in dem alten Streit über eine Stärkung der Mitwirkungsrechte der Länder in der Europapolitik zu bewegen. Der für beide Seiten akzeptable Kompromiss, der in eine revidierte „Bund-Länder-Vereinbarung über die Zusammenarbeit in EU-Angelegenheiten“ einfließen sollte, verhinderte schließlich die von den Ländern angedrohten Verzögerungen bei der Ratifizierung.¹⁶

Eine Verzögerung der Ratifizierung in Deutschland ergab sich dann jedoch durch Verfassungsklagen, die nach der Abstimmung in Bundestag und Bundesrat in Karlsruhe eingereicht wurden – und zwar von Peter Gauweiler, Bundestagsabgeordneter der CSU, am 23.05.2008 und von Dieter Dehm, dem europapolitischen Sprecher der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag am 23.06.2008.¹⁷ Am 30.06.2008 erklärte Bundespräsident Horst Köhler, dass er die Ratifikationsurkunde zum Vertrag von Lissabon solange nicht unterzeichnen werde, bis das Bundesverfassungsgericht über die Klagen entschieden habe. Dies hat für die deutsche Europapolitik zur Folge, dass Deutschland neben der Tschechischen Republik – der Londoner High Court hatte mit seiner Zurückweisung einer Klage gegen den Lissabonner Vertrag im Juni 2008 den Weg freigemacht für die Ratifizierung in Großbritannien – zu „den ‚Wackelkandidaten‘ in der Europäischen Union“¹⁸ gezählt werden muss, das zusammen mit Irland das Inkrafttreten des neuen Reformvertrags verhindern könnte.

Große und kleine Fragen der Europapolitik

Eines der Streitthemen in der ersten Jahreshälfte waren die Vorschläge der Kommission zur Senkung der CO₂-Emissionen im Straßenverkehr von Neuwagen auf 130g/km ab dem Jahr 2012. Die deutsche Automobilindustrie und mit ihr zusammen die Bundesregierung lehnten diesen Vorschlag ab, weil er aus ihrer Sicht die deutschen Autobauer, vor allem die

14 Vgl. dazu Andreas Maurer: Verhandlungen zum Reformvertrag unter deutschem Vorsitz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 43/2007, S. 3-8 sowie Wolfgang Wessels/Anne Faber: Vom Verfassungskonvent zurück zur ‚Methode Monnet‘ Die Entstehung der ‚Road Map‘ zum EU-Reformvertrag unter deutscher Ratspräsidentschaft, in: integration 4/2007, S. 370-381.

15 Vgl. dazu Elmar Brok/Martin Selmayr: Der ‚Vertrag der Parlamente‘ als Gefahr für die Demokratie? Zu den offensichtlich unbegründeten Verfassungsklagen gegen den Vertrag von Lissabon, in: integration 3/2008, S. 217-234.

16 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Einigung über Europa-Politik, 06.03.2008.

17 Süddeutsche Zeitung: Gauweiler klagt gegen EU-Vertrag, 24./25.05.2008.

18 Brok/Selmayr: Der ‚Vertrag der Parlamente‘ als Gefahr für die Demokratie?, 2008, S. 219. Auch Schweden hat den Vertrag noch nicht ratifiziert. In Polen steht die Unterschrift des Staatspräsidenten unter der Ratifikationsurkunde aus – nach dem irischen „Nein“ hatte Präsident Kaczynski verlauten lassen, der Vertrag von Lissabon sei damit gegenstandslos; deshalb setze er auch seine Unterschrift nicht unter die Urkunde, solange das „irische Problem“ nicht gelöst sei.

Anbieter des „Premiumsegments“, benachteilige.¹⁹ Auch die Pläne der Kommission zur Verbesserung der Sicherheit von Fahrzeugen und Fußgängern im Straßenverkehr wurde in Deutschland nur teilweise begrüßt; zum einen können deutsche Autobauer auf einen Wettbewerbsvorteil hoffen, weil ihre Sicherheitstechnik Maßstäbe gesetzt hat, zum anderen wird vor einer „Überregulierung“ und einem europäischen „Einheitsauto“ gewarnt.²⁰

Bei der Reform des europäischen Weinmarktes konnte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) dagegen eine positive Bilanz ziehen, da die deutschen Weinbauern ihre Interessen in den Regelungen wiederfanden (ein wichtiges Thema aus deutscher Sicht war der Zusatz von Zucker zur Anreicherung des Alkoholgehalts). Zu den größeren europapolitischen Themen gehörte die Unabhängigkeitserklärung der Republik Kosovo im Februar 2008. Im Vorfeld war viel darüber spekuliert worden, ob die unterschiedlichen Positionen, die die EU-Staaten zu dieser Frage hatten, zu einer erneuten „Spaltung Europas“ führen würde. Die Bundesregierung stimmte für die völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo und für die Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen, weil aus ihrer Sicht nur so eine dauerhafte Stabilität in der Region erreicht werden könne.

Auf dem Frühjahrsgipfel (13./14.04.2008)²¹ wurde im Kreis der Staats- und Regierungschefs die Aufteilung der Ziele des Klimapakets auf die einzelnen Mitgliedstaaten beschlossen; aus deutscher Sicht war es wichtig, dass die energieintensiven deutschen Industrien Planungssicherheit bekommen haben und sie im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Zusammen mit Frankreich setzte sich die deutsche Regierung für mehr Transparenz auf den Finanzmärkten ein, und die deutsche Forderung nach einer Verschärfung der Zinssteuerrichtlinie wurde durch Aufnahme in die Schlussfolgerungen aufgegriffen. Das Thema Steuerhinterziehung hat die deutsche Öffentlichkeit und die Regierung im Zusammenhang mit dem „Fall Zumwinkel“ über Wochen hinweg beschäftigt. Die deutsche Bundesregierung hatte massiven öffentlichen Druck auf das Fürstentum Liechtenstein ausgeübt, weil aus Berliner Sicht die Regierung in Vaduz bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung nicht kooperiere. Dieses Auftreten der Berliner Regierung wurde von ausländischen Beobachtern mit Befremden kommentiert: „Den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die einen an der EU als Rechtsgemeinschaft zweifeln lassen kann, bilden jedoch die im Zuge der deutsch-liechtensteinischen Steueraffäre erfolgten Verbalattacken des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück gegen die Länder innerhalb und außerhalb der EU mit einem Bankgeheimnis“.²² Die Bundesregierung hatte die Ratifizierung des Beitritts des Fürstentums zum Schengenraum davon abhängig gemacht, dass eine Einigung auf das Abkommen mit der EU gegen Betrugsbekämpfung zustande kommt. Das im Juni 2008 vereinbarte Abkommen orientiert sich in weiten Teilen an dem Betrugsbekämpfungsabkommen, das zwischen der EU und der Schweiz besteht.²³

Auf dem Frühjahrsgipfel 2008 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auch auf einen Vorschlag zur Gründung einer „Mittelmeerunion“; der Vorschlag wurde vom französischen Staatspräsidenten Sarkozy bereits im Wahlkampf 2007 formuliert und war in seiner ursprünglichen Anlage – so seine Kritiker – als Stärkung der Position Frankreichs in der EU und als Gegenmodell zu einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU zu verstehen. Der im

19 Süddeutsche Zeitung: EU-Plan verteuert Autos drastisch, 20.12.2007.

20 Süddeutsche Zeitung: Das Einheitsauto rollt an, 24./25.05.2008.

21 Vgl. Sarah Seeger/Matthias Chardon: Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Agenda – Bilanz des EU-Frühjahrgipfels, C·A·P Aktuell 1/2008, www.cap.lmu.de/download/2008/CAP-Aktuell-2008-01.pdf.

22 Neue Zürcher Zeitung: Bedenkliche Relativierung der EU als Rechtsgemeinschaft, 15./16.03.2008.

23 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Liechtenstein kooperiert mit der EU, 28.06.2008.

März gefundene ‚Kompromiss‘, die Mittelmeerunion, an der nur die europäischen und afrikanischen Anrainerstaaten teilgenommen hätten, in eine „Union für das Mittelmeer“ umzudefinieren und das Projekt institutionell und finanziell vollständig in den Barcelona-Prozess zu integrieren, ging nicht zuletzt auf die nach innen und nach außen vorgebrachte Kritik und die Organisation einer Verhinderer-Koalition durch die Bundesregierung zurück.

Weitere europapolitische Themen, die der deutschen Öffentlichkeit gezeigt haben, wie stark die Innenpolitik von den Debatten und Vorgaben der EU geprägt und mitbestimmt wird, waren z.B. die Mahnungen des EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet und des Vorsitzenden der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker, der im Frühjahr 2008 gefundene Tarifabschluss im öffentlichen Dienst habe eine negative Vorbildfunktion und solle in anderen europäischen Staaten nicht übernommen werden.²⁴ Noch größere Aufmerksamkeit gewann ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom April 2008 gegen die Tariftreueklausel, die Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge zur Einhaltung von bestimmten sozialen Standards verpflichtet. Der EuGH hatte nun, anders noch als das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil im Jahr 2006, die niedersächsische Regelung als Verstoß gegen EU-Recht bezeichnet.²⁵ Auch der langjährige ‚Glaubenskrieg‘ um die Gentechnik beschäftigte die deutsche Europapolitik 2007: Es geht um die Zulassung genveränderter Pflanzen wie Mais und Soja. Der deutsche Agrarminister kritisierte im November 2007 das bisherige Zulassungsverfahren und drohte die Genehmigungen zu stoppen – auch dies ein Beispiel dafür, wie eng die Verknüpfung deutscher und europäischer Politik in den politischen Kernfragen ist.

Die Verleihung des Internationalen Karlspreises an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai 2008 für ihre Verdienste um die europäische Einigung rückte das Thema Europäische Verfassung wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses²⁶ – und erst recht das gescheiterte Referendum in Irland im Juni 2008. Dieser „Schwarze Freitag für Europa“, so die Frankfurter Rundschau (13.06.2008), führte der deutschen Regierung und der Öffentlichkeit vor Augen, dass die europäische Politik einen sehr langen Atem braucht.²⁷

Weiterführende Literatur

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P), C·A·P-Analyse 6/2007, www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Analyse-2007-06.pdf.

Elmar Brok/Martin Selmayr: Der ‚Vertrag der Parlamente‘ als Gefahr für die Demokratie? Zu den offensichtlich unbegründeten Verfassungsklagen gegen den Vertrag von Lissabon, in: *Integration* 3/2008, S. 217-234.

Josef Janning: Europäische Union und deutsche Europapolitik, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden 2007, S. 747-762.

Daniela Kietz/Volker Perthes (Hrsg.): *Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft. Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsizes im ersten Halbjahr 2007*, Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2007.

Anja Thomas/Wolfgang Wessels: Zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft: integrationspolitische Steuerungsfunktion oder Diener vieler (nationaler) Herren?, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 4/2007, S. 576-592.

Wolfgang Wessels/Anne Faber: Vom Verfassungskonvent zurück zur ‚Methode Monnet‘? Die Entstehung der ‚Road Map‘ zum EU-Reformvertrag unter deutscher Ratspräsidentschaft, in: *Integration* 4/2007, S. 370-381.

24 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Deutscher Tarifabschluss beunruhigt die EU, 07.04.2008.

25 Süddeutsche Zeitung: Europa greift in Lohnpolitik ein, 04.04.2008 und Frankfurter Allgemeine Zeitung: Länder planen Aussetzung der Tarifiklausel, 05.04.2008.

26 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Sarkozy: Ich liebe Angela Merkel, 02.05.2008.

27 Zu den Reaktionen auf das gescheiterte Lissabon-Referendum vgl. Institut für Europäische Politik (Hrsg.): *EU-27 Watch*, No. 7, September 2008, S. 36ff.